

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 038/2011 (BJD)

Interpellation Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen): Einwendungsbericht Richtplananpassung – demokratische Spielregeln eingehalten? (22.03.2011)

Die öffentliche Mitwirkung zur Anpassung des Richtplans „Neues Kernkraftwerk Niederaamt KKN“ führte zu 839 Einwendungen, davon 13 von Solothurner Gemeinden und Regionalorganisationen, 4 von Nachbarkantonen und vom Bund, 61 von Verbänden und Organisationen, 11 von Firmen und 750 (siebenhundertfünfzig!) von Privatpersonen.

Unschwer ist zu erkennen, dass die Anpassung des Richtplanes zur Ermöglichung eines neuen AKW im Niederaamt kantonsweit zu enorm vielen Fragen, Bedenken und Einwendungen führt.

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. a) Wieviele öffentliche Mitwirkungsverfahren wurden in den vergangenen fünf Jahren durchgeführt?
b) Zu welcher Anzahl Einwendungen führten diese öffentlichen Mitwirkungsverfahren der vergangenen fünf Jahre?
c) Entsprach die Anzahl der Einwendungen im Rahmen dieses Verfahrens der Erwartung des zuständigen Departementes oder wurde es durch die vorliegende Anzahl überrascht?
2. Den Beteiligten am Mitwirkungsverfahren wurde lediglich eine äusserst kurze Zusammenfassung des Einwendungsberichtes zugestellt, mit dem Vermerk, dass der 58 seitige Bericht auf dem Internet abrufbar sei.
a) Erachtet die Regierung eine derartige Reaktion auf das von ihr initiierte Verfahren als korrekt und fair gegenüber all den Mitwirkenden, die aufwändig und sorgfältig ihre Eingaben den Vorgaben konform einreichen?
b) Wie beurteilt die Regierung Aussage und Vorgehensweise des zuständigen Departementes, dass den mitwirkenden 750 Privatpersonen aus „Ressourcengründen“ lediglich eine „pauschale Antwort“ abgegeben wurde und auf deren Einwendungen gar nicht eingetreten wurde?
3. Das kantonale Planungs- und Baugesetz verlangt (PBG § 64 Ziff. 2), dass zu den Einwendungen vom Departement Stellung zu nehmen ist. Erachtet es der Regierungsrat gesetzeskonform, wie dies im vorliegenden Verfahren erfolgt ist?
4. Das Bau- und Justizdepartement stellt in seinem Bericht fest, dass in vielen Einwendungen von Privatpersonen „grosse Sorge“ gegenüber der Kernkraft-Technologie zum Ausdruck kommt. Hat die Regierung den Eindruck, dass dieser Sorge durch das zuständige Departement genügend Rechnung getragen wurde und diese Sorgen der Situation angepasst im Mitwirkungsverfahren aufgenommen wurden?
5. Die Verfasser des Berichtes behaupten, „dass sich ebenso zahlreiche Befürworter der Kernkraft aufgrund des kernkraftbefürwortenden Anpassungsentwurfes des Richtplans nicht am Verfahren beteiligt haben.“ Scheint es der Regierung, dass die demokratischen Spielregeln in diesem Verfahren eingehalten wurden, wenn
a) selbst das zuständige Departement festhält, dass in diesem öffentlichen Mitwirkungsverfahren ein kernkraftbefürwortender Entwurf des Richtplans aufgelegt wurde?

- b) das zuständige Departement ungefragt und unwissenschaftlich die Annahme trifft, dass es ebenso viele kernkraft-befürwortende Einwendungen gegeben hätte, wenn die Ausgangslage anders formuliert worden wäre?
6. Welche konkreten Massnahmen sieht die Regierung vor, um den Mitwirkenden im vorliegenden Verfahren noch nachträglich das zustehende Gehör mittels Beantwortung ihrer konkreten Einwendungen zu gewähren und in Zukunft die Einhaltung eines fairen Verfahrens zu gewährleisten?

Begründung (22.03.2011): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Philipp Hadorn, 2. Evelyn Borer, 3. Fränzi Burkhalter, Hans-Jörg Staub, Walter Schürch, Clivia Wullimann, Ruedi Heutschi, Fabian Müller, Trudy Küttel Zimmerli, Heinz Glauser, Simon Bürki, Christine Bigolin Ziörjen, Jean-Pierre Summ, Anna Rüefli, Peter Schafer, Markus Schneider, Franziska Roth, Markus Knellwolf, Markus Flury, Barbara Wyss Flück, Felix Lang, Doris Häfliger, Felix Wettstein. (23)